

RESOLUTION

des 23. Österreichischen Gemeindetages

Innsbruck 1973

1. Seit dem Jahre 1959 sind am Finanzausgleich keine grundlegenden Änderungen vorgenommen worden.

Es ist dringend notwendig, auch im Finanzausgleich die Probleme zu berücksichtigen, die sich aus der Raumordnungspolitik, aus der notwendigen Aktivierung des ländlichen Raumes, aus der Entflechtung der Ballungszentren, aus den neuen Aufgaben des Umweltschutzes und dergleichen ergeben, um über eine Neuordnung des Finanzausgleiches einen Beitrag zur Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen im ganzen Bundesgebiet zu leisten.

Der Finanzausgleich 1973 hat dieses Problem zum Teil überhaupt nicht und im übrigen nicht ausreichend berücksichtigt. Der Gemeindebund hat daher dem Finanzausgleich nur unter der Bedingung zugestimmt, daß die nächsten Finanzausgleichsverhandlungen durch eine Expertenkommission vorbereitet werden.

Der Gemeindebund erhebt deshalb die Forderung an den Bund, so rasch wie möglich im Einvernehmen mit den Bundesländern, dem Gemeindebund und dem Städtebund Aufgabenstellung und Zusammensetzung einer solchen Expertenkommission festzulegen und die Tätigkeit noch in diesem Jahr aufzunehmen.

2. Die finanzielle Lage der Gemeinden, die den Aufwand der a. ö. Krankenanstalten zu tragen haben, insbesondere der spitalerhaltenden Gemeinden, ist alarmierend. Wenn auch das endgültige Finanzierungssystem der a. ö. Krankenanstalten erst nach einer Neuordnung der Krankenanstaltenstruktur möglich sein wird, so kann die katastrophale Lage dieser Gemeinden nur durch eine entsprechende finanzielle Beteiligung des Bundes gemeistert werden. Auch eine bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung in den Krankenanstalten ist nur durch verstärkten Einsatz von Bundesmitteln zu gewährleisten.

3. Im Bereich der Gesundheitspolitik muß die erhebliche ärztliche Unterversorgung in vielen ländlichen Gebieten und in Stadtrandgebieten beseitigt werden. Der Ärztemangel in diesem Bereich läßt sich mit dem Streben, gleichwertige Lebensbedingungen im ganzen Bundesgebiet zu sichern, nicht vereinbaren.

Der Gemeindebund hält es deshalb für dringend notwendig, daß Bund, Länder, Gemeinden, die Ärzteschaft und sonstige interessierte Stellen gemeinsam die Möglichkeit der Lösung dieses Problems prüfen.